

Stellungnahme zum Flugzeug-Anschlag in den USA am 11.9.2001 und seinen Folgen (verfaßt am 17.9.01)

1. Der brutale, hoch organisierte Flugzeuganschlag auf politische, wirtschaftliche und militärische Zentren der USA hat einigen tausend Menschen das Leben gekostet. Dieser Anschlag ist auf die Schärfe zu verurteilen. Den Verstorbenen gilt unsere Trauer, den Angehörigen und Hinterbliebenen gehört unsere emotionale Solidarität. Sie benötigen intensive und langfristige psychologische, praktische und finanzielle Unterstützung. **Die weit über die USA hinausgehende Welle der spontanen und organisierten Solidarität und Hilfsbereitschaft ist ein ermutigendes Zeichen der Menschlichkeit.**

2. Das Selbstbild der USA als Weltmacht ist grundlegend erschüttert: Absolute Stärke und Unverwundbarkeit erwiesen sich als Mythen, die Führung befand sich in einer demütigenden Flucht im eigenen Land, der in den USA stark ausgeprägte Nationalstolz wurde tief gekränkt, die eigene Bevölkerung lebte in nicht gekannter Angst. Grundkonzepte der US-Politik, die insbesondere auf militärischer Stärke beruhen, werden obsolet. Der Angriff galt auch den symbolisch bedeutsamen militärischen und wirtschaftlichen Zentren der einzelnen Weltmacht USA. Dieser Anschlag hat – neben vielen differenzierten – auch viele bedenkliche Aussagen ausgelöst. Dazu gehören Äußerungen von US-Präsident Bush („Wir strecken sie nieder“, „Monumentaler Kampf zwischen Gut und Böse“, „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ und „Wir werden das Böse bestegen“) und dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Wolfowitz (die USA seien entschlossen, „Staaten zu beseitigen, die den Terrorismus fördern“).

In dieser Situation besteht also die große Gefahr, daß die US-amerikanische Führung – gestützt auf die aktuelle, überwältigende Mehrheit der Amerikaner – zur Wiederherstellung ihres Selbstbildes zu Mitteln greift, die psychologisch allzu verständlich sind und kurzfristig Balsam auf die

erwartenden weltweiten Eskalation der Gewalt und des Tötens. Bewusst oder unbewusst, gewollt oder fahrlässig wird Krieg herbeigeführt. Wie schon vor dem Irak- und dem Jugoslawien-Krieg werden in manchen Medien die kurzfristigen militärischen Operationen intensiver diskutiert als die rechtlichen Grundlagen und die zu erwartenden Folgen. **Eine wichtige Aufgabe der europäischen Regierungen besteht also darin, mäßigend auf die USA einzuwirken.**

4. Die US-Regierung spricht häufig von „Schurken-“, oder „Besorgnis erregenden Staaten“ und meint damit solche Länder, die nach der Definition der USA den Terrorismus unterstützen. Die USA selbst aber haben in ihrer jüngeren Geschichte weltweit – insbesondere in Mittel- und Südamerika, aber z.B. auch in Kambodscha, im Iran und Irak – nicht nur Diktaturen unterstützt und installiert, sondern auch Gruppen und Personen wie die Taliban, die UCK oder – den jetzt von ihr so dringend Verdächtigten – Bin Laden politisch, finanziell und mit Waffen unterstützt, solange sie ihnen ins politische und militärische Kalkül passten. Immer wieder aber haben die so Geförderten sich irgendwann gegen die Interessen der USA gewandt und wurden sodann von Freiheitskämpfern zu Terroristen oder von befreundeten Staaten zu sog. Schurkenstaaten umdefiniert. **Angemessene Analysen und daraus abgeleitete Handlungen verbieten also, sich das US-Konzept von Terrorismus zu Eigen zu machen; zudem müsste neben dem individuellen Terrorismus auch der Staats-Terror(ismus) thematisiert werden.**

5. Über die Täter und Organisationen des Flugzeuganschlags ist bisher wenig bekannt. Ohne bislang Beweise vorzulegen, bereitet die US-Regierung militärische Angriffe offenbar gegen verschiedene Länder vor. Es gibt aber in der Charta der Vereinten Nationen weder ein Recht auf Vergeltung noch ein Recht auf Bestrafung ganzer Völker oder Staatengruppen.

Ein solches Vorgehen ist für zivilisierte Staaten unannehmbar. Angemessener wäre es, **im Rahmen der Vereinten Nationen konsequent Personen, Gruppen und Organisationen mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen, die Terrorakte durchführen und unterstützen.**

6. Auch ohne die Täter zu kennen, bietet die derzeitige Krise die Chance für eine Neubestimmung der Politik. Unter dem Etikett „Globalisierung“ hat – unter maßgeblicher Führung der USA und mitge-

tragen von den führenden Industrienationen – im letzten Jahrzehnt eine weitgehende Ökonomisierung aller Lebensbereiche stattgefunden, die zu einem aggressiven Verdrängungswettbewerb ungekannten Ausmaßes führte. Statt die Wirtschaft, in den Diensten der Menschen zu stellen, führt diese Politik zu einem fundamentalistischen „Imperialismus der Verwirrschaft des Lebens“ (der frühere Bundesarbeitsminister Blüm). Täglich sterben weltweit 40.000 Kinder, über eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut. Verlierer dieser ökonomischen Globalisierung sind nicht nur große Teile der Weltbevölkerung in den sog. Entwicklungsländern, sondern auch erhebliche Teile der Bevölkerung in den hoch industrialisierten Staaten. Die aktuelle Krise sollte als Anlass zum Überdenken dieser Politik genutzt werden. **Ohne soziale Gerechtigkeit weltweit, ohne den ernstesten Kampf gegen Hunger und Armut, ohne eine glaubwürdige ökologisch orientierte Politik werden auch die derzeitigen Globalisierungs-Gewinner bald zu den Verlierern gehören. Im Rahmen einer Kultur des Friedens (UNESCO) ist der Verwirklichung der bürgerlichen und der wirtschaftlichen Menschenrechte höchste Priorität zu geben. Zu wünschen ist, dass die USA und mit ihr die anderen Nationen diese Aufgaben mit einer solchen politischen und finanziellen Intensität angehen wie derzeit den Kampf gegen den Terrorismus.**

Prof. Dr. Gert Sommer

(1. Vors. Forum Friedenspsychologie)

Fachbereich Psychologie

Gutenbergstr. 18

35041 Marburg

E-Mail: sommerg@mail.uni-marburg.de